

| |
|--|
| SPD-Fraktion (Anfrage Nr. 1602/2004) |
|--|

Anfrage der SPD-Fraktion bezüglich der "Münchener Studie"

Anfrage

Münchener Studie

Die bayerische Landeshauptstadt München hat in einer bundesweit einmaligen Aktion im Jahr 2003 die schwule und lesbische Bevölkerung Münchens über Ihre Lebensumstände befragt. In der Tendenz lassen sich die Ergebnisse sicher auch auf andere Großstädte übertragen.

Noch immer erleben Schwule und Lesben Ausgrenzung, Benachteiligung und Gewalt in ihrem Alltagsleben. 80% aller Befragten in München hatten persönliche Erfahrungen mit Ausgrenzung und Benachteiligung, 60% aller Befragten geben an, Situationen zu kennen in denen sie große Angst haben, als homosexuell erkannt zu werden und fast 20% wurden Opfer von Gewalthandlungen. Viele Schwulen und Lesben in München erwarten, dass das Bekannt werden ihrer Homosexualität vor allen auch bei Behörden Nachteile bringen würde.

Ein besonderer Schwerpunkt der Studie lag auf der Lebenssituation von älteren Schwulen und Lesben. Mehr als 90% der Befragten sind der Ansicht, dass die derzeit bestehenden Einrichtungen der Altenpflege nicht mit den Bedürfnissen Homosexueller umgehen können. Weniger als 30% sind der Meinung gewesen, dass Homosexuelle in den Einrichtungen der Altenpflege diskriminierungsfrei behandelt werden. Eindeutig bevorzugt werden Einrichtungen, in denen Homosexuelle offen schwul/lesbisch leben können, die aber nicht ausschließlich auf Homosexuelle beschränkt sind.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Ist der Verwaltung die Münchener Studie bekannt, welche Erkenntnisse hat die Verwaltung aus der Studie für ihre Arbeit gewonnen. hält die Verwaltung eine eigene Befragung in Hannover für sinnvoll?
2. Welche Anstrengungen unternimmt die Verwaltung gegen Ausgrenzung und Benachteiligung von Schwulen und Lesben? Gibt es Schulungsangebote für die Verwaltungsmitarbeiter/innen?
3. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, den Bedürfnissen von alten und pflegebedürftigen Homosexuellen gerecht zu werden. Gibt es ein Angebot der Altenpflege, welches sich speziell auch an Schwule und Lesben richtet?



Klaus Huneke Fraktionsvorsitzender

Hannover / 06.08.2004